

Ausserordentliche Sitzung vom 14. September 2011

Summarisches Protokoll

Traktandierte Geschäfte

1. Bestellung einer Kommission für die Vorberatung der Personal- und Besoldungsverordnung für die Lehrpersonen an der Volksschule

Auf Vorschlag der Fraktionen werden folgende Mitglieder gewählt:

KR Büeler Othmar, Siebnen, Präsident
KR Beeler Bruno, Goldau
KR Bünter René, Lachen
KR Lüönd Cornelia, Ingenbohl
KR Michel Martin, Lachen
KR Oberlin Adrian, Siebnen
KR Ochsner Sibylle, Galgenen
KR Rutz Franz, Hurden
KR Schwyter Elmar, Lachen
KR Steinegger Peter, Schwyz
KR Vanomsen Verena, Freienbach

2. Einführungsgesetz zum schweizerischen Zivilgesetzbuch (Teil Erwachsenenschutz, Personen- und Kindesrecht) (RRB Nr. 401/2011 und 799/2011)

Der Rat tritt auf die Vorlage ein. Für die Detailberatung stehen sich die Varianten Regierungsrat = Kanton – Gemeinden, Kommissionsmehrheit = Bezirke – Bezirke sowie Kommissionsminderheit = Kanton – Kanton gegenüber, die ab Paragraph 5 voneinander abweichen.

KR Pius Schuler stellt den Ordnungsantrag:

Über die Wahl der Variante ist zu Beginn der Detailberatung zu entscheiden.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag wird mit 73 Stimmen gutgeheissen.

Variantenwahl

1. Abstimmung

Die Variante der Kommissionsminderheit setzt sich mit 52 zu 39 Stimmen gegen die Variante der Kommissionsmehrheit durch.

2. Abstimmung

Die Variante der Kommissionsminderheit setzt sich mit 59 zu 15 Stimmen gegen die Variante des Regierungsrates durch. Beratungsgegenstand ist somit die Fassung der Kommissionsminderheit = Kanton – Kanton.

In der Detailberatung ergibt sich:

§ 2 Abs. 2

Der redaktionellen Berichtigung wird nicht opponiert.

§ 5 Abs. 1

KR André Rügsegger beantragt folgende Ergänzung:

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden sind Fachbehörden und bestehen aus je drei bis fünf Mitgliedern *sowie je einem Vertreter und einem Stellvertreter aus den Gemeinden.*

KR Pius Schuler stellt den Antrag auf folgenden Wortlaut:

Die *drei* kantonalen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden ...

1. Abstimmung

Der Antrag Rügsegger wird mit 52 zu 41 Stimmen abgewiesen.

2. Abstimmung

Der Antrag Schuler wird mit 52 zu 32 Stimmen abgewiesen.

Der Minderheitsantrag wird nicht aufrecht erhalten.

§ 5 Abs. 3

KR Pius Schuler beantragt folgenden Wortlaut:

Der Regierungsrat unterteilt für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden das Kantonsgebiet in *drei* Zuständigkeitskreise.

Abstimmung

Der Antrag Schuler wird mit 63 zu 20 Stimmen abgewiesen.

Nachdem der Minderheitsantrag bei Abs. 1 zurückgezogen wurde, bleibt es auch in Abs. 3 bei der offenen Formulierung in Bezug auf die Zuständigkeitskreise.

§ 7 Abs. 2

Der Minderheitsantrag wird fallen gelassen.

§ 24

Abstimmung

Mit 77 zu 5 Stimmen wird der Minderheitsantrag übernommen.

§ 25

Abstimmung

Mit 76 zu 4 Stimmen wird der Minderheitsantrag übernommen.

§ 31

Abstimmung

Mit 61 zu 9 Stimmen wird der Minderheitsantrag übernommen. Es kommt somit zu einer Verschiebung der Bestimmung „Amtsbeistandschaft“.

§ 32

Abstimmung

Mit 81 zu 3 Stimmen wird der Minderheitsantrag übernommen.

§ 33

Abstimmung

Mit 81 zu 3 Stimmen wird der Minderheitsantrag übernommen.

§ 34

KR Christoph Pfister beantragt folgenden Wortlaut:

¹ Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ist befugt, die fürsorgerische Unterbringung anzuordnen (Art. 428 ZGB).

² Liegt Gefahr im Verzug, ist nebst der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde auch jeder in der Schweiz zur selbstständigen Berufsausübung zugelassene Arzt befugt, die fürsorgerische Unterbringung anzuordnen (Art. 429 ZGB).

³ Der ärztliche Unterbringungsentscheid ist der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde zur Kenntnis zu bringen.

⁴ Dauert eine vom Arzt angeordnete Unterbringung länger als sechs Wochen, hat die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde über die weitere Unterbringung zu entscheiden.

Abstimmung

Der Antrag Pfister wird mit 58 zu 32 Stimmen gutgeheissen.

§ 36

Abstimmung

Der Minderheitsantrag wird mit 73 zu 7 Stimmen übernommen.

§ 13

Abstimmung

Die redaktionelle Änderung wird mit 61 zu 0 Stimmen übernommen.

In der Schlussabstimmung genehmigt der Rat die Vorlage mit 66 zu 18 Stimmen.

3. Petition „Für eine mensch- und tiergerechte Haltung von Schwyzer Hunden inklusive Verhaltenskodex“, Bericht und Antrag des Petitions- und Begnadigungsausschusses

Der Rat nimmt von der Petition Kenntnis.

4. Bericht über die Spitalstrategie 2020 (RRB Nr. 451/2011 und RRB Nr. 792/2011)

KR Hans Messerli stellt namens der Staatswirtschaftskommission den Antrag:

Die Berichte des Regierungsrates zur Spitalstrategie 2020 sind zurückzuweisen mit folgendem Auftrag:

1. Es soll aufgezeigt werden, wie die Spitäler Lachen und Einsiedeln die regierungsrätliche Strategie der 1-Spital-Implementierung in der Region Ausserschwyz/Einsiedeln umsetzen.
2. Dem Parlament ist bis Ende Februar 2012 Bericht zu erstatten.
3. Der Entscheid des Parlaments über die Spitalstrategie 2020 hat bis Ende Mai 2012 zu erfolgen.

KR Urs Birchler beantragt:

Die Abstimmung über den Rückweisungsantrag ist unter Namensaufruf durchzuführen.

1. Abstimmung

Der Antrag Birchler wird von 39 Mitgliedern unterstützt; das erforderliche Quorum von 20 Stimmen ist somit erreicht.

2. Abstimmung (unter Namensaufruf)

Die Abstimmung ergibt mit 47 Ja- und 47 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung Stimmengleichheit. Mit Stichentscheid der Präsidentin wird der Rückweisungsantrag abgelehnt.

KR Urs Birchler stellt den Antrag:

Die Abstimmung über Kenntnisnahme mit oder ohne Zustimmung ist unter Namensaufruf durchzuführen.

1. Abstimmung

Der Antrag Birchler wird von 39 Mitgliedern unterstützt; das erforderliche Quorum von 20 Stimmen ist somit erreicht.

2. Abstimmung (unter Namensaufruf)

45 Mitglieder nehmen den Bericht mit Zustimmung und 49 Mitglieder ohne Zustimmung zur Kenntnis. Ein Mitglied enthält sich der Stimme.

Behandlung der Motionen M 4/11 und M 5/11

1. Abstimmung

Die Motion M 4/11 wird mit 60 zu 26 Stimmen abgeschrieben.

2. Abstimmung

Die Motion M 5/11 wird mit 61 zu 22 Stimmen abgeschrieben.

5. Motion M 11/10: Keine Kulturbeiträge mehr an den Kanton Luzern (Kündigung des Konkordats über den interkantonalen Kulturlastenausgleich) (RRB Nr. 547/2011)

Der Rat entscheidet gegen den Antrag des Regierungsrates mit 45 zu 36 Stimmen, die Motion erheblich zu erklären.

6. Fragestunde

Die Fragestunde wird aufgrund der vorgerückten Zeit auf eine nächste Sitzung verschoben.

Parlamentarische Vorstösse

a) Erheblich erklärt wird:

- Motion M 11/10 der KR Christoph Pfister und Rolf Bolting: Keine Kulturbeiträge mehr an den Kanton Luzern (Kündigung des Konkordats über den interkantonalen Kulturlastenausgleich), eingereicht am 1. Dezember 2010

b) Erledigt/abgeschrieben werden:

- Motion M 4/11 der KR Adrian Dummermuth und Andreas Meyerhans: Spitalstrategie 2020 – Voraussetzung für Variante „Erhaltung Standort Einsiedeln durch Übernahme von Bereichen der Spezialversorgung“, eingereicht am 29. Juni 2011
- Motion M 5/11 der KR Adrian Dummermuth und Andreas Meyerhans: Spitalstrategie 2020 – Voraussetzung für die Realisierung der Variante „Eine Gesellschaft mit mehreren Standorten und Schwerpunkten“ schaffen, eingereicht am 29. Juni 2011
- Postulat P 4/02 der KR Dr. Martin Michel und Meinrad Bisig: Professionalisierung der Vormundschaftsbehörden, eingereicht am 13. März 2002, erheblich erklärt am 10. September 2003
- Postulat P 15/09 der KR Alois Gmür, Annemarie Langenegger und Heinz Winet: Kostengünstige stationäre Grundversorgung auch in Zukunft gewährleisten, eingereicht am 16. April 2009, erheblich erklärt am 17. Februar 2010
- Postulat P 30/09 von KR André Rügsegger namens der SVP-Fraktion: Gesundes Spitalwesen im Kanton Schwyz, eingereicht am 14. November 2009, erheblich erklärt am 20. Mai 2010
- Kleine Anfrage von KR Doris Kälin: Wirtschaftsförderung im Kanton Schwyz, eingereicht am 20. Juni 2011, beantwortet am 8. Juli 2011
- Kleine Anfrage von KR Verena Vanonsen: Verkehrssicherheit auf dem Seedamm, eingereicht am 9. August 2011, beantwortet am 9. September 2011

Neueingänge:

- Motion M 6/11 von KR Dr. Roger Brändli namens der Rechts- und Justizkommission: Justizaufsicht: Zuständigkeit klären, eingereicht am 29. August 2011
- Postulat P 6/11 der KR Karin Schwiter, Patrick Notter und Sepp Oechslin: Spital Einsiedeln als Grundversorgungsspital für die Zukunft fit machen, eingereicht am 24. August 2011
- Postulat P 7/11 der KR Pius Schuler und Alois Betschart: Auswirkungen der Änderung der eidg. Gewässerschutzverordnung, eingereicht am 12. September 2011
- Interpellation I 7/11 der KR Marianne Betschart und Peter Steinegger: Nationaler Finanzausgleich: agieren statt reagieren, eingereicht am 11. Juli 2011
- Interpellation I 8/11 von KR Andrea Fehr: Unterschiedliche Zuständigkeiten und unterschiedliches Verfahren bei Streitigkeiten über die elterliche Sorge gerechtfertigt?, eingereicht am 23. Juli 2011
- Interpellation I 9/11 von KR Christoph Weber: Bauprozesse – einfacher und günstiger, eingereicht am 24. August 2011
- Kleine Anfrage von KR Verena Vanonsen: Verkehrssicherheit auf dem Seedamm, eingereicht am 9. August 2011
- Kleine Anfrage von KR Kuno Kennel: Neuschätzung der Liegenschaften und NFA-Beitrag, eingereicht am 5. September 2011
- Kleine Anfrage von KR Verena Vanonsen: Wurde Schulaufsicht genügend wahrgenommen?, eingereicht am 14. September 2011

Schwyz, 15. September 2011

Margrit Gschwend, Protokollführerin